

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	ECAS_n0024c6c
NO_DOC_EXT:	2018-044981
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	anja.lafferton@bretten.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

## Auftragsbekanntmachung

### Bauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Bretten  
Untere Kirchgasse 9  
Bretten  
75015  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Frank Bohmüller  
Telefon: +49 7252921230  
E-Mail: [frank.bohmueller@bretten.de](mailto:frank.bohmueller@bretten.de)  
Fax: +49 7252921160  
NUTS-Code: DE123  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.bretten.de](http://www.bretten.de)

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.bretten.de/stadt-rathaus-verwaltung/ausschreibungen>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Verkauf eines Grundstücks mit Bauverpflichtung, Planung und Bau einer Tiefgarage

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45210000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Bretten plant die städtebauliche Neuordnung und Neugestaltung von zentrumsnahen Flächen (sogenanntes Sporgassenareal), die derzeit als öffentlicher Parkplatz genutzt werden. Auf einer Teilfläche soll ein Dienstleistungszentrum für Arztpraxen und sonstige Nutzungen des Gesundheitssektors errichtet werden. Unter dem Dienstleistungszentrum und einer sich daran anschließenden öffentlichen Platzfläche soll eine Tiefgarage mit Plätzen für das Dienstleistungszentrum und mit ca. 170 öffentlichen Stellplätzen

errichtet werden. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist der Verkauf der Teilfläche für die Errichtung des Dienstleistungszentrums an einen Investor mit Bauverpflichtung und die Vergabe des Auftrags für Planung und Bau der öffentlichen Tiefgarage. Der Bauantrag ist bis Juli 2019 einzureichen; mit dem Bau soll spätestens im Jahr 2019 begonnen werden.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE123

Hauptort der Ausführung:

Stadt Bretten

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Bitte vergleichen Sie hierfür die Ausführungen unter II.1.4.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/11/2018

Ende: 31/03/2021

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 4

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zum Verhandlungsverfahren zugelassen und damit zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden maximal vier Bewerber. Gibt es nur vier oder weniger Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestbedingungen entsprechenden Teilnahmeantrag eingereicht haben, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Treffen diese Voraussetzungen bei mehr als vier Bewerbern/Berbergemeinschaften zu, werden die vier Bewerber/Berbergemeinschaften, die zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, anhand folgender Auswahlkriterien ausgewählt:

Referenzen mit vergleichbaren Planungs-, Investitions- und Bauanforderungen, bei denen die Realisierung nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. Für jede Referenz können maximal drei Punkte erzielt werden, die wie folgt vergeben werden:

1 Punkt: Referenz bezieht sich auch auf ein Vorhaben für ein öffentliches Gebäude mit Publikumsverkehr, beispielsweise Ärztehaus, Gebäude der öffentlichen Verwaltung wie Rathaus oder Landratsamt, Schule, Kindergarten, Hochschule oder Bibliothek

1 Punkt: Referenz bezieht sich auf ein Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 10 Mio. € oder mehr

1 Punkt: Referenz bezieht sich auf ein Neubauvorhaben in Innenstadtlage.

Gewertet werden alle genannten Referenzen, nicht nur die drei Referenzen, die als Mindestvoraussetzung zu benennen sind. Es werden die vier Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zum Verhandlungsverfahren zugelassen, die die höchste Punktzahl erreichen. Ist es insbesondere bei Punktgleichheit mehrerer Bewerber nicht möglich, die vier Bewerber mit den meisten Punkten zu ermitteln, wird die Auswahl unter den Bewerbern, die die gleiche Punktzahl erzielt haben, durch Los getroffen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben:

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinn von § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB)
- Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)
- Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)
- Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)
- Eigenerklärung, dass keine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen wurde, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezweckt oder bewirkt (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB)
- Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinn von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG), § 98 c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MinLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt
- Angabe zur Eintragung in das Berufs-/Handelsregister
- Nur bei Bewerbergemeinschaften: Bewerbergemeinschaftserklärung.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2014 bis 2016)

- Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio. € für Personenschäden und 3 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio. € für Personenschäden und 3 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag

Eigenerklärungen zu Referenzen und zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenanzahl und Anzahl der Führungskräfte in den Jahren 2015 bis 2017 angeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung über mindestens drei Referenzen über Projekte, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Vergleichbar sind Projekte, die folgende Merkmale aufweisen:

- Planung und Bau von öffentlich zugänglichen Gebäuden mit einer BGF von mindestens 600 m<sup>2</sup> und
- Realisierung des Projekts in einer Innenstadtlage.

### III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Für jeden Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft muss eine Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden- Württemberg (LTMG) entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

#### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

#### IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

#### IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

#### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

### IV.2) **Verwaltungsangaben**

#### IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

#### IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 30/04/2018

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 06/06/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2018

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Sowohl die für die Abgabe eines Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen als auch die für die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können ohne Registrierung unter dem in I.3 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg

Karlsruhe

76131

Deutschland

Telefon: +49 7219260

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei der Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, eine Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21/03/2018